

Tom Strohschneider

---

## Die Linkspartei in der Krise

Die LINKE ist in der Krise. Der Satz ist so allgegenwärtig, wie in ihm eine gewisse Pointe steckt: Die Partei ist seit den Bundestagswahlen von 2009 aus der Erfolgspur geworfen. In ihr toben programmatische und Machtkonflikte. Trotz radikaler Rhetorik vermag es die LINKE nicht, die galoppierende Krise in ihrem Sinne zu politisieren. Dass die Schwäche in einer Zeit deutlicher wird, in der sogar in den Feuilletons „bürgerlicher“ Zeitungen die Frage aufgeworfen wird, ob die (gesellschaftliche) Linke mit ihrer Kritik am Kapitalismus nicht vielleicht doch Recht gehabt haben könnte, konfrontiert die Linkspartei immer aufs Neue mit der Frage: Warum profitiert sie nicht von der Krise?

### 1. Eine Frage des Erfolgs

Man hörte die Frage bereits kurz nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers, Oskar Lafontaine musste sie schon beantworten, als er noch Vorsitzender der Linkspartei war und in ihrem intellektuellen Umfeld hat man sich ebenfalls seit längerem damit auseinandergesetzt (Rilling 2009). In der Rede von der LINKEN, die nicht profitiert, steckt die umgekehrte Annahme, dass eine Partei, die für Umverteilung, soziale Gerechtigkeit etc. eintritt, in einer Krise zu den politischen Gewinnern gehören müsste. Ein Gedanke, der womöglich auf die Erfahrung zurückgreift, dass die großen Krisen des Kapitalismus oft „produktive Wirkungen“ entfaltet haben, in dem sie zum Katalysator für die Reform des Kapitalismus selbst wurden (Kocka 2011). Wobei hierfür eben gerade eine starke Linke, die ideelle Kapitalismuskritik mit praktischer Handlungsfähigkeit auf der Basis gesellschaftlicher Mobilisierungen verbinden kann, wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung partieller Problemlösungen (Sozialstaat, Institutionen der Marktregulierung, New Deal) waren.

Vertreter der Linkspartei führen, wenn sie heute darauf angesprochen werden, warum die LINKE in der Krise nicht profitiert, gern ins Feld, dass die Menschen in Zeiten der Unsicherheit den Regierenden mehr Kredit einräumen als einer Partei, die grundlegende Veränderungen fordert (Gysi 2011). Eine zweite Erklärung verweist darauf, dass die Positionen der LINKEN zum Teil von der Konkurrenz

übernommen wurden. Ein drittes Antwortmuster macht eine Berichterstattung verantwortlich, die sich statt mit den Inhalten der LINKEN lieber mit deren Konflikten beschäftigt. Und viertens wird die „Selbstbeschäftigung“ selbst als Grund für das Ausbleiben von Erfolg ausgemacht.

Aber was ist das eigentlich? Parteienerfolg wird in der öffentlichen Debatte meist auf Wahlergebnisse und Umfragewerte reduziert. Über Gewinn oder Niederlage entscheidet der jeweilige Abstand zu früheren Resultaten. Andererseits können Parteien auch dadurch Erfolg haben, dass sie auf die politische Agenda einwirken. „Wir wollen Politik verändern. Darin rechnen wir Erfolg – nicht in Prozenten“, hat Oskar Lafontaine einmal gesagt. Forsa-Chef Manfred Güllner nannte dieses Argument „sehr gefährlich“: Damit mache sich die LINKE „selbst überflüssig. Wenn andere die Inhalte umsetzen, braucht man die Vordenker nicht.“ Wichtige Ziele wie der Mindestlohn wurden bisher freilich nur rhetorisch von der Konkurrenz absorbiert, gesetzgeberische Maßnahmen stehen aus und dass eine potenzielle rot-grüne Regierung „die Inhalte umsetzen“ würde, bleibt abzuwarten. Gelegentlich wird in der LINKEN darauf verwiesen, dass dies nur bei einer eigenen Regierungsbeteiligung garantiert wäre – und hier schließt sich ein weiteres Kriterium des Erfolgs von Parteien an: die Eröffnung von Koalitionsmöglichkeiten und die Kompetenz, diese unter bestimmten Bedingungen auch wahrzunehmen. In der LINKEN ist diese Erfolgsdimension umstritten. Und das ist nicht der einzige Konflikt in einer Partei, die als Sammelbehälter ganz unterschiedlicher Ziele, Traditionen und Organisationskulturen wie eine „politische Bedarfsgemeinschaft“ erscheint (Neugebauer/Stöss 2008).

## 2. Der Aufstieg der LINKEN bis 2009

Man kann mit Blick auf ihre Probleme heute von einer „dritten Phase“ der Entwicklung der LINKEN sprechen, die auf eine „zweite Phase“ des Aufstiegs folgt. Bei 16 von 19 bundes- und landesweiten Urnengängen von der Bundestagswahl 2005 bis zu jener von 2009 verbesserte die LINKE ihr prozentuales Ergebnis. Verluste gab es lediglich 2006 in Berlin (-9,2 Prozent), wo die Partei aus der Regierung heraus antrat und dabei im eigenen Wählerlager mit einer Konkurrenz kandidatur konfrontiert war. In Sachsen (-0,3) und Brandenburg (-0,8) verfehlte die LINKE im Herbst 2009 das Niveau der Vorergebnisse nur knapp. Die Partei zog in sechs westdeutsche Landtage ein (Bremen 2007, Hessen 2008 inklusive Wiedereinzug 2009, Niedersachsen 2008, Hamburg 2008, Saarland 2008, Schleswig-Holstein 2009), konnte bei der Bundestagswahl 2009 ihr Ergebnis deutlich steigern (+3,2) und mit einer von 54 auf 76 Abgeordneten vergrößerten Fraktion abermals ins Parlament einziehen.

Der Großteil der politikwissenschaftlichen Literatur über die LINKE ist während dieser Aufstiegsphase erschienen: Die neue Partei wurde als politisches Phänomen untersucht (Spier u.a. 2007), Gründe und Weg zur Fusion von PDS und Wahlalternative beleuchtet (Strohschneider/Hübner 2007, Heunemann 2008) und man beschrieb die LINKE als Faktor, der das Parteiensystem verändert hat (Jun u.a. 2006, Jesse 2011). Während hierbei das Moment des Wandels im Vordergrund steht, haben Veröffentlichungen, die sich auf extremismustheoretische Annahmen stützen, die Kontinuität zu den Vorläuferorganisationen SED und PDS ins Zentrum gestellt (Jesse/Lang 2008). Politikwissenschaftliche Arbeiten, die auf die Amtszeit der Doppelspitze Gesine Löttsch und Klaus Ernst eingehen, sind noch rar (Neugebauer 2011, Klatt 2011). Gleichwohl wurden die Schwierigkeiten der LINKEN in einer Reihe von Veröffentlichungen bereits prognostiziert (Koš/Hough 2006).

Zunächst aber ist die Linkspartei nach 2005 als „der eindeutige Sieger“ gesehen worden. Ihr erster Wahlerfolg wurde vor allem mit kurzfristigen Faktoren erklärt, etwa der Konjunktur politischer Themen (soziale Gerechtigkeit, Ablehnung von Hartz IV, Wunsch nach Beteiligung am wirtschaftlichen Aufschwung). Eine prägende Rolle wurde auch den beiden öffentlichkeitswirksamen Spitzenkandidaten Lafontaine und Gregor Gysi zugebilligt. Als im Frühjahr 2006 die WASG bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz klar hinter den Erwartungen zurückblieb, wurde in der Partei vor allem auf regionale Gründe und den noch unzureichenden Stand des Parteaufbaus verwiesen. Mit dem Sprung in die Bremer Bürgerschaft im Mai 2007, der formalen Gründung der LINKEN im Juni desselben Jahres und den Ergebnissen der Frühjahrswahlen von 2008 „hatte sich der Tonfall der Betrachtungen“ dann endgültig von den „unwägbar und zwangsläufigen Risiken der schnellen Fusion“ weg und hin zur „Erfolgsgeschichte der Partei“ bewegt (Messinger/Rugenstein 2009: 67). Man sah bereits Anzeichen für die „dauerhafte Etablierung der Linken im Westen“, die als „Lackmustest für den Erfolg des gesamten Projekts“ angesehen wurde, gleichzeitig wurden Indizien auch für die Erweiterung der Wählerschaft und einen Mitgliederzuwachs im Osten gefunden. Die Frage, ob es sich bei der fusionierten Partei um eine „zeitgemäße Idee oder ein Bündnis ohne Zukunft“ handelt, konnte als erst einmal beantwortet angesehen werden (Spier u.a. 2007).

Die Wahlerfolge schienen „die These zu bestätigen, dass anders als die PDS zuvor, die neue Partei das durch den ‚Gang der SPD in die Mitte‘ verursachte Vakuum im linken Teil des Wählerlagers würde besetzen können. Sie hatte erfolgreich ehemalige SPD-Wähler für sich gewonnen und galt nun als die Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht und für traditionelle sozialdemokratische Sozialstaatspolitik eintritt“ (Neugebauer 2011: 160). Bis zur Bundestagswahl 2009 hatte die Linke stets dann bei Wahlen auf Bundes- und Landesebene pro-

zentual dazugewonnen, wenn die SPD ihrerseits Prozente verlor. Ein direkter, unmittelbarer Zusammenhang, wie er an Wahlabenden mit den Zahlen der „Wählerwanderungen“ in den Fernsehsendungen suggeriert wird, lässt sich allerdings nicht ohne weiteres ableiten. Auf der einen Seite sind die gesamten Wählerströme einer Partei viel größer als es die angegebenen Salden zeigen (Kahrs 2011). Auf der anderen Seite hängen Erfolge stark von der Mobilisierung des eigenen Potenzials einer Partei ab, weniger von der Ansprache an Wechselwähler (Vester 2010). Strukturelle Verschiebungen, wie sie sich im Verhältnis der Stimmenanteile von Linkspartei und SPD andeuten, „sind extrem langsam“, der Absturz der Sozialdemokratie bei der Bundestagswahl 2009 (-11,2) war noch keine hinreichende Erklärung für das Plus der Linkspartei (+3,2).

### 3. Probleme in der „dritten Phase“

Im Mai 2010 konnte die LINKE in Nordrhein-Westfalen die Fünfprozent-Hürde überspringen und mit einer Fraktion in den Landtag einziehen. Der elektorale Aufstieg der Partei setzte sich aber danach nicht mehr im gleichen Maße fort. In Hamburg gelang im Februar 2011 zwar der Wiedereinzug in die Bürgerschaft, prozentual stagnierte die Partei dort jedoch. Im Südwesten wurde im März 2011 abermals der Einzug in zwei Landtage verfehlt – in Baden-Württemberg schnitt die Linke sogar noch schlechter ab als die Wahlalternative 2006 (-0,4), in Rheinland-Pfalz gab es kaum Zugewinne (+0,4). Der Wiedereinzug der LINKEN in die Bremer Bürgerschaft im Mai 2011 trotz Zustimmungsverlust (-2,6) wurde als Wahlausgang beschrieben, bei dem die inzwischen stark in die Kritik geratene Berliner Parteispitze noch einmal mit einem „blauen Auge“ davongekommen sei. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt verlor die Linke zwar nur leicht (-0,4) und konnte in Mecklenburg-Vorpommern sogar zulegen (+1,6). Hier wie dort verfehlte sie aber ihre eigenen Ziele deutlich. In Berlin büßte die Partei schließlich im September 2011 nicht nur klar in ihren im Ostteil der Stadt gelegenen Hochburgen ein, musste eine fast zehnjährige Phase des Mitregierens beenden und landete in der Endabrechnung nur knapp vor der Piratenpartei.

Ist das eine vorübergehende Delle oder zeichnet sich ein stabiler Trend ab? Geht man davon aus, dass die Linkspartei Ausdruck einer bestimmten, gegenüber den Jahrzehnten 1945 bis 1989 gewandelten, Wirtschafts- und Sozialstruktur ist (Fülberth 2008), wird man ihre Existenz als bundespolitisch relevante Kraft nicht schon wegen einiger Wahlergebnisse auf Landesebene in Frage stellen. Wichtige Elemente jener „günstigen Gelegenheit“ (Nachtwey/Spier 2007), welche zunächst in der Gründung wahlpolitischer Alternativen im Westen, später im Bündnis zur Bundestagswahl 2005 und schließlich in der erfolgreichen Vereinigung von

zwei Parteien einen Ausdruck fand, bestehen immer noch: die gesellschaftliche Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit ist, wie sich in Umfragen zeigt, weiter groß; die parteipolitische Repräsentationslücke links der Sozialdemokratie ist nicht viel kleiner geworden; die unter Arbeitern und Erwerbslosen abgerissene Bindung (im Westen) an die Sozialdemokratie keineswegs repariert.

Auf der anderen Seite stellt sich am Ende des Wahljahres 2011 mehr denn je die Frage, ob die Linke diese „elektorale Entkoppelung“ weiter für sich nutzen kann, und ob die Rolle als neue Repräsentantin des vertikalen sozialen Ausgleichs und eines solidarischen Wohlfahrtsstaatsmodells in Zukunft noch erfolgreich sein wird. Damit zusammenhängende „Fragen, Probleme, Herausforderungen“ sind schon sehr früh thematisiert worden, es gebe „ganz und gar keine Sicherheit auf eine dauerhafte Perspektive“, weil offen sei, ob die massive politische Enttäuschung über die etablierten Parteien sowie die Erosion der traditionellen sozialdemokratischen Milieus auch in Zukunft Wasser auf die Mühlen der LINKEN sein würden (Brie 2005). Es gibt eine Reihe von Anzeichen, die dagegen sprechen:

*Erstens* stützte sich der Aufstieg der LINKEN auf das verbreitete Empfinden einer Gerechtigkeitslücke in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, der nicht bei den Beschäftigten ankam. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 kann von einer Verschiebung in Richtung eines „Sicherheitsdiskurses“ gesprochen werden. Das wirft Probleme auf: Seit 2005 erreicht die LINKE relativ stabile Kompetenzwerte auf dem Feld „soziale Gerechtigkeit“ zwischen 8 und 11 Prozent; im selben Zeitraum sind die Zustimmungswerte der Partei (Sonntagsfrage) deutlich zurückgegangen. Ein Faktor dabei: Der LINKEN wird – wie allgemein kleineren Parteien – nicht zugetraut, „die Probleme zu lösen“. Da in der Wahlforschung angenommen wird, dass die Kompetenzzuweisungen deutlich mit dem Stimmverhalten zusammenhängt (Schoen/Falter 2005), sind bei längerem Krisenverlauf weitere Verluste möglich.

*Zweitens* sind eine Reihe von Konflikten, in denen die Linkspartei bis 2009 ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den vier anderen im Bundestag vertretenen Parteien aufwies, in einer veränderten politischen Konstellation verblasst. Das betrifft vor allem die „Markenkern-Themen“ Hartz IV, Afghanistankrieg und Mindestlohn. Zwar sprechen sich weiterhin große Bevölkerungsgruppen für Forderungen aus, die auch die Linkspartei vertritt (Liebscher/Schmidtke 2011). Sie tut dies nun aber nicht mehr allein. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob SPD und Grüne sich „nicht wirklich von der Politik der Agenda 2010 verabschiedet haben“, wie in der LINKEN häufig betont wird.

*Drittens* ist der gesellschaftliche Diskurs seit 2009 mehr und mehr „begründet“ worden: Schon die vergangene Bundestagswahl war auch eine Auseinandersetzung um die von Union und FDP angekündigte Atompolitik. Der atomare Unfall im japanischen Fukushima fügte dann noch eine Art zweiten Tschernobyl-Effekt

hinzu, der die Zustimmungswerte der Grünen rasch anwachsen ließ und mit der Energiewende ein Thema auf die Tagesordnung setzte, bei dem der LINKEN keine oder nur geringe Kompetenzen zugebilligt werden. Gleiches kann für den auf demokratiepolitische Fragen hinauslaufenden „Wutbürger“-Diskurs seit Herbst 2010 gesagt werden, in dem die LINKE zwar ebenfalls eigene Vorstellungen präsentieren konnte, diese in der veröffentlichten Wahrnehmung aber kaum eine Rolle spielen.

*Viertens* verweist der Aufstieg der Piratenpartei auf ein Bedürfnis nach alternativer Repräsentation, das von der LINKEN nicht befriedigt werden kann. Immerhin 32 Prozent der LINKEN-Wähler hielten es Ende September 2011 in einer Umfrage grundsätzlich für möglich, ihre Stimme den Piraten zu geben. Noch kann nicht abschließend gesagt werden, ob sich die Piraten dauerhaft und auch über Großstädte hinaus entlang von Begriffen wie Transparenz, Netzpolitik, Bürgerrechte etablieren können. Darauf kann die Linke zwar inhaltlich reagieren. In der Partei wurde aber bereits konstatiert, dass mit den Piraten „weniger ein Politikfeld als vielmehr das Versprechen eines anderen Politikstils gewählt“ wurde (Jösting u. a. 2011) – den eine zumindest vorübergehend wachsende Zahl von Wählern mit einer habituell eher sozialdemokratisch-gewerkschaftlich und zudem als schon etabliert erscheinenden LINKEN nicht in Verbindung bringt.

*Fünftens* sind in der LINKEN nach der Bundestagswahl 2009 bis dato aufgeschobene Klärungsprozesse in Gang gesetzt und vorübergehende Arrangements aufgehoben worden. Das ist einerseits kein Alleinstellungsmerkmal, auch wenn in der Öffentlichkeit gern auf „das Typische“ daran hingewiesen wird: linker Streit eben. Die Ausprägung, welche die Strömungskonflikte bis zum Herbst 2011 angenommen haben, stechen aber auch tatsächlich heraus: Das betrifft neben der prägnanten Ost-West-Differenzierung auch die Bedeutung ideologischer Differenzen und schließlich die stark unterschiedlichen Traditionen der Mitglieder der jeweiligen Quellorganisationen. Nicht zuletzt ist die Linkspartei mehr als andere Parteien einem sozialstrukturellen Wandel unterworfen und von demografischen Entwicklungen betroffen.

#### 4. Stotternder Motor

Nach der Bundestagswahl 2009 dauerte es einige Zeit, bis die LINKE vernehmbar auf die veränderten Voraussetzungen ihres politischen Handelns reagierte. Auf dem Bundesparteitag von Rostock im Mai 2010, bei dem die neue Doppelspitze gewählt wurde, hatte sich die LINKE zwar aufgegeben, eine strategische Debatte zu führen. Aber erst im folgenden Oktober veröffentlichten die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion ein gemeinsames Papier. Darin formulierte die

LINKE den Anspruch, „zum Motor für den Politikwechsel“ zu werden (Löttsch/Ernst/Gysi 2010). Der Zusammenhang zwischen dem neuen „Agieren von SPD, Grünen“, der „Passivität und Selbstbeschäftigung“ der LINKEN sowie dem Verlust an Zustimmung beim Wähler wurde anerkannt. Gleichzeitig sollte die Partei auf ein anderes Verhältnis gegenüber SPD und Grünen orientiert werden: „Parlamentarische Mehrheiten für eine neue Politik werden nicht ohne SPD und Grüne zustande kommen.“ Dazu würden zwar „derzeit wichtige Voraussetzungen fehlen“, worunter die inhaltlichen Anforderungen an eine „sozial-ökologische Reformpolitik“, eine unzureichende Korrektur der Regierungsentscheidungen von SPD und Grünen sowie der unkooperative Umgang beider Parteien mit der LINKEN gezählt werden. Auf der Basis eines gestärkten eigenen Profils wollte man dennoch „offensiv für die Abwahl von Schwarz-Gelb auch durch ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis kämpfen“.

In einem die Fraktionsklausur vorbereitenden Thesenpapier (Hinze u.a. 2010), das eine Grundlage für das „Motor“-Papier darstellte, heißt es: „Der gewonnene politische Einfluss und die Verschiebungen im Parteiensystem stellen uns vor die Frage, ob wir die bislang gültige Strategie der ‘Kritik und Nicht-Kooperation’ beibehalten oder bereits an dem Punkt angelangt sind, sie in eine Strategie der ‘Kritik und Kooperation’ überführen zu müssen.“ Das sollte nicht als Vorentscheidung für eine Regierungsbeteiligung im Bund verstanden werden, sondern es ging den Autoren „darum, den von uns gewählten Modus der Profilierung den aktuellen Entwicklungen anzupassen. Die Erwartungen der Bevölkerung (an machbare Alternativen) und die Art, wie SPD und Grüne ihre Oppositionsrolle ausfüllen, sprechen gegen ein einfaches weiter so.“ Allerdings tendiere, so die damalige Einschätzung, die Partei „zur Beibehaltung der bisherigen Strategie. Das hat seinen Grund darin, dass mit Blick auf 2013 einerseits ihre Existenz nicht länger gefährdet, andererseits auch keine wirklich realistische Machtoption vorhanden ist“. Die Anreize hingegen, „sich innerparteilich durch akzentuierte Positionierungen Vorteile zu verschaffen“, seien dagegen groß.

Damit war eine Frage angesprochen, die in der fusionierten LINKEN unterschiedlich beantwortet wird: das Verhältnis zur SPD. Auf die Sozialdemokraten hatte sich in der PDS seit Anbeginn die Debatte um Bündnisorientierung konzentriert, in Ostdeutschland waren Erfahrungen in der Regierungszusammenarbeit gesammelt worden, die in der PDS dominanten Reformer sprachen sich grundsätzlich für die Option einer Kooperation aus. In der Wahlalternative hingegen, vor allem bei ihren gewerkschaftlichen und ex-sozialdemokratischen Quellen, dominierte zwar auch die Frage nach dem Verhältnis zur SPD, aber unter umgekehrtem Vorzeichen. Hier spielte die Erfahrung des Abrückens der Sozialdemokratie von ihren politischen Grundsätzen eine wesentliche Rolle, es dominierte eher die Abgrenzung, was nicht zuletzt mit Biografien zusammen-

hing, in denen ein Austritt bzw. Rauswurf aus der SPD einen für das politische Handeln der Akteure maßgeblichen Einschnitt bedeutete.

In dieser Gründungskonstellation liegt allerdings auch eines der großen Probleme der LINKEN – die negative Fixierung auf die SPD, welche die Suche nach eigenen politischen Antworten prägt und einen Modus der Abgrenzung, Abarbeitung sowie des Eine-Schippe-Draufflegens etabliert hat. Dabei geht es nicht darum, die Richtigkeit der Kritik an der Entwicklung der Sozialdemokratie in Frage zu stellen. Sondern darum, dass diese bisweilen als Wettstreit um Traditionswimpel („Willy Brandt gehört jetzt uns.“) geführte Auseinandersetzung den Horizont der Debatte um Inhalte und Strategie bei der LINKEN einengt. Es besteht die Gefahr, dass „eine historische Momentaufnahme“, nämlich der „Protest gegen die Agenda 2010 bei gleichzeitigem gravierenden Legitimationsverlust der SPD in einer wirtschaftlichen Prosperitätsphase, zum verallgemeinerten Abbild gesellschaftlicher Stimmungen und zur permanenten Verlaufsform gesellschaftlicher Kämpfe“ verallgemeinert wird (Lederer 2010).

Differenzen über die Haltung gegenüber der SPD innerhalb der Linkspartei wurden darüber hinaus von außen beeinflusst: die Sozialdemokraten verfolgten entweder und aus je unterschiedlichen Gründen eine nicht-kooperative Linie (z.B. Sachsen-Anhalt 2006, Mecklenburg-Vorpommern 2006), oder mögliche Arrangements mit der LINKEN scheiterten an den Konflikten innerhalb der SPD selbst (Hessen 2008). Die parteipolitische Auseinandersetzung wurde seitens der Sozialdemokraten zudem mit dem deutlichen Ziel verfolgt, „die LINKE kleinzuhalten“. Und zwar sowohl im Modus der Kooperation, indem Spielräume des Partners minimiert wurden (Berlin), wie im Modus des Konflikts, bei dem eine Rhetorik der Abwertung (nicht regierungsfähig, überflüssig) stets bei der LINKEN Gegenreaktionen provozierte, die selbst wiederum die Kooperationschancen beeinflusste.

Durchaus ähnlich, aber vor einem anderen Hintergrund, gilt das auch für das Verhältnis zu den Grünen. Die Partei spielte lange Zeit als Bezugspunkt der LINKEN eher eine Nebenrolle. Nur wenige Protagonisten der fusionierten Partei waren vorher selbst bei den Grünen engagiert, auf dem ostdeutschen Betätigungsfeld der PDS war die Partei kaum relevant und in der Wahlalternative das Interesse an ökologischen Fragen eher gering. Es hatte zwar auch früher schon einzelne Forderungen gegeben, das Verhältnis zwischen Linkspartei und Grünen stärker zu diskutieren (Korte 2006). In Gang kam diese Debatte verstärkt aber erst, nachdem die LINKE 2009 und 2010 auf Landesebene vergeblich mit Grünen sondiert hatte, die Öko-Partei sich koalitionspolitisch in Richtung CDU (Hamburg) und FDP (Saarland) geöffnet hatte und bei Wahlen reüssierte, wobei sie in Baden-Württemberg sogar die Sozialdemokraten überflügelte.

Die Reaktion der LINKEN-Spitze hieß zunächst: Abwehr. Die Grünen seien „keine linke Partei, sondern im Kern die Partei der umweltfreundlichen Besser-



verdiener“, befand beispielhaft Klaus Ernst. Lafontaine bezeichnete die von den Grünen vertretene Idee eines „grünen Kapitalismus“ als „Irrweg“. Neben die Kritik an früherer grüner Regierungspolitik (Kosovokrieg, Agenda 2010), trat nun auch eine kulturell motivierte Distanzierung von den „Latte-Macchiato-Bürgern“. In der Linkspartei wurde dagegen gehalten, nur ein konstruktiv-kritischer Dialog mit dem grünen Milieu könne den Boden für ein mögliches linkes Reformprojekt bereiten. Wobei der LINKEN die Aufgabe zufalle, sich in eine im Entstehen begriffene „grüne Hegemonie“ einzuschreiben und diese nach links zu radikalisieren (Redaktion Prager Frühling 2011). „Perspektivisch geht es um die Alternative von einem Mitte-Unten-Bündnis, das seinen politischen Ausdruck in der Kooperation von Linkspartei und Grünen findet oder einem Mitte-Oben-Bündnis, das politisch auf eine schwarz-grüne Option hinausläuft.“ Dies wurde entweder als abwegige Hoffnung (Fülberth 2011) oder falsche Alternative (Spehr 2011) zurückgewiesen.

Vor diesem Hintergrund gestalteten sich auch die unter der Überschrift „Crossover“ stehenden Neuanfänge gemeinsamer strategischer und inhaltlicher Suche im Raum zwischen den drei Parteien eher schwierig. Zwar hatte es schon in den 1990er Jahren eine durchaus beachtenswerte konzeptionelle Debatte über ein gemeinsames Projekt der gesellschaftlichen Linken gegeben (Crossover 1997). Und seit 2007 waren auch vereinzelt die Fäden wieder aufgenommen worden, die nach dem rot-grünen Regierungsbeginn 1998 abgerissen waren. Eine größere Wirkung entfaltete das aber in der Linkspartei nicht. Gesprächskreise jüngerer Abgeordneter von SPD, Grünen und Linke (Oslo-Gruppe) blieben in ihren Parteien ebenso Randerscheinung, wie der Versuch nur auf begrenzten Wiederhall in den Parteien stieß, die Diskussion für Wissenschaftler und soziale Bewegungen zu öffnen (Institut Solidarische Moderne). Vom Einfluss des eher theoretisch orientierten Projekts Linksreformismus, das wie die beiden anderen Netzwerke im Frühjahr 2010 an die Öffentlichkeit trat, ganz zu schweigen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es der LINKEN bisher nicht gelungen ist, die Debatte über das Verhältnis zu SPD und Grünen sowie über die Frage einer Regierungsbeteiligung konstruktiv nach vorn zu wenden. Die Reaktionen auf das Wahlergebnis in Berlin und das Ende der rot-roten Koalition in der Hauptstadt waren Rufe aus alten Schützengräben: Die gewerkschaftlich orientierte Sozialistische Linke forderte den Landesverband Berlin auf, seine „Ausrichtung allein auf den Erhalt der Regierungsbeteiligung aufzugeben“ (SL 2011). Die Strömung Antikapitalistische Linke sah sich durch die Wahlniederlage in ihrem Vorwurf bestätigt, die LINKE habe „einen auf Anbiederung an die SPD setzenden, linke Kernthemen vernachlässigenden und unglaubwürdigen Regierungskurs gefahren“ (AKL 2011). Das so genannte Reformlager stellte hingegen fest, dass es „an einer erfolgreich kommunizierbaren, breit getragenen Funktion der Partei

für rote und grüne Wechselwähler“ fehle, die mehr erwarteten „als Opposition und das Zurechtrücken der Fehler anderer Parteien“. Die innerparteilich hoch gehandelten Themen würden diese „weniger oder gar nicht interessieren“, eher sei zu konstatieren, dass diese wenn überhaupt „zu Zweifeln und Entfremdung“ führen (Kahrs/Hoff 2011).

Die PDS hatte mit dem Ruf „Veränderung beginnt mit Opposition“ ihren Weg begonnen und sich dann mühsam die Rolle als mögliche Regierungspartei erstritten – nach innen wie nach außen. Das führte jedoch angesichts des nach der Fusion wieder wachsenden Widerstands innerhalb der Partei dazu, dass Koalitionsbeteiligungen als bündnispolitische „Pilotprojekte“ eingeeht wurden, was mit einer Tendenz zur Selbstdisziplinierung verbunden war und bei der „Regierungslinken“ zu einer Wagenburgmentalität führte. Eine Auflösung des auf seine Weise im LINKE-Kosmos perpetuierten Widerspruchs von Revolution und Reform spielte zwar immer wieder in den tangentialen politischen Diskussionen eine Rolle (neuere Beiträge: Demirovic 2011, Wright 2011) – aber eben kaum in der stark von Strömungslogik geprägten Parteidiskussion.

## 5. An der Haltelinie

Als die damaligen Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine am 20. März 2010 den ersten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der LINKEN präsentierten, lag die Partei schon fast zwei Jahre hinter dem ursprünglichen Zeitplan. Dem ersten Entwurf folgte im Mai 2011 ein zweiter, der über 500 „Wortmeldungen“ aus der Partei, darunter einen Alternativen Entwurf, zum Teil einbezog und schließlich, abermals Veränderungen erfahrend, im Juli 2011 in einen Leitantrag des Parteivorstandes mündete. Dieser ist schließlich, leicht verändert, auf einem Parteitag im Oktober in Erfurt mit 503 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen – also einer 96,9-Prozent-Mehrheit beschlossen worden.

Die „Programmdebatte ist Teil des Lernprozesses unserer Partei“, hatten die Vorsitzenden Lötzsch und Ernst in einem Brief an die Mitglieder geschrieben – ein Prozess allerdings, in dem vor allem ältere, schon in der PDS diskutierte Streitfragen im Mittelpunkt standen, und der hinter der Dynamik einer sich schnell verändernden Wirklichkeit zurückblieb (Bischoff/Radke 2011). Weder ist es gelungen, eine „große Erzählung“ anzubieten (Klein 2011), noch sind zentrale künftige Herausforderungen eines demokratischen Sozialismus (als Ziel *und* Prozess) antizipiert. Zudem lag zwischen dem ersten Entwurf und dem schließlich vorgelegten Leitantrag ein Personalwechsel in der Spitze der LINKEN, an den ein Teil der Partei dann die Erwartung richtete, den „Grundcharakter“ des

mit dem Namen Lafontaine verbundenen Erstentwurf zu konservieren. Änderungsvorschläge wurden bisweilen auch dann mit dem Verdacht belastet, eben diesen aushebeln zu wollen, wenn es sich um bloß Ergänzungen und konkrete Erweiterungsideen handelte.

Über die Wirkung von Parteiprogrammen lässt sich streiten. Die Politikwissenschaft nennt eine Vielzahl von Funktionen (Micus 2007). Sie sollen die Integration verschiedener Flügel innerhalb einer Partei bewerkstelligen, Sinn im Inneren stiften und die Kommunikation der Ziele nach außen unterstützen, sollen politische Praxisanleitung und ideelles Regelwerk sein. In der öffentlichen Wahrnehmung spielen Parteiprogramme in der Regel nur dann eine Rolle, wenn sie geändert werden. Hierin, in der Programmfindung, liegt denn auch der eigentliche Wert für die Partei - beziehungsweise der Sprengstoff. Die Diskussion in der LINKEN und deren mediale Begleitung verstärkten sich gegenseitig, blieben dabei auf einige wenige, symbolisch aufgeladene Punkte fokussiert. Hinzu trat, dass in der LINKEN Motive der „Erstformulierung“ eines vollständigen Programms dem Wunsch gegenüberstanden, Traditionen aus der früheren PDS-Programmatik fortzuschreiben.

Ein Beispiel dafür ist der Streit um die Passage, in der die LINKE sich mit der eigenen Vorgeschichte auseinandersetzt: die Diskussion um die Formel „Stalinismus als System“, die seit der Rede des Philosophen Michael Schumann auf dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 zum Kern der Identität der PDS gehörte und die gezogenen Lehren aus der DDR-Geschichte symbolisierte. Im ersten Entwurf des neuen Programms tauchte zwar „der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus“ auf; der Zusatz „als System“ wurde aber erst nach langer Debatte und auf Drängen des ostdeutschen Reformerslagers in den Leitantrag des Vorstandes aufgenommen. Kaum war dieser vorgestellt, meldete sich Oskar Lafontaine mit einem Zeitungsbeitrag zu Wort und polemisierte gegen jene in der Partei, die sich auf die Formel berufen. Das wurde unter ostdeutschen Linken als Entwertung eines Gründungsdokuments der PDS verstanden, die zudem daran erinnerten, dass es bei der Absage an den „Stalinismus als System“ nicht bloß um eine realhistorische Ausdrucksform gehe, sondern um „die Illusion, mit Hilfe zentralisierter Herrschaftsapparate die Gesellschaft nicht nur kontrollieren, sondern ihre Entwicklung auch jederzeit korrigieren zu können“ (Schumann 1989). Und zwei weitere Fragen waren angerissen (Hoff 2011): die der innerparteilichen Kultur und schließlich die Absage an eine „Ideologie der totalen historischen Diskontinuität hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Macht, namentlich der Staats- und Rechtsentwicklung, beim Übergang zu einer sozialistischen Neuordnung der Dinge“ (Schumann 1997).

Hierin liegt einer der Hauptkonflikte der LINKEN, der sich auch mit der Verabschiedung des Programms nicht erledigt hat: die Verbindung zwischen

einer gegenwärtigen Politik und dem auf grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichteten Fernziel. Im Entwurf wird der „große transformatorische Prozess“ einerseits als „von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet“ beschrieben. Andererseits wird daran festgehalten, dass für das „konkrete Ziel“ der Linken „ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“ nötig ist. Während für die linke Seite des innerparteilichen Koordinatensystems nicht zuletzt hierin der „antikapitalistische Charakter“ des Programms begründet ist, hat das Reformlager dies als „Jenseitsorientierung“ zurückgewiesen. Der demokratische Sozialismus werde nicht „nach einem schlichten Wechsel des Gesellschaftssystems erreicht“, eine solche Illusion führe nur zu „rhetorisch radikaler Politik statt zu schrittweiser Veränderungen“.

Der Streit ist alt und wurde bereits in der PDS engagiert geführt (Prinz 2010). Es geht in ihm nicht bloß um die theoretische Begründung eines „demokratischen Sozialismus“, sondern um die praktische Politik „im Hier und Heute“. In die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der LINKEN war von Anfang an der Konflikt um die Grenzen parlamentarischer Politik eingewebt. Mit den so genannten „roten Haltelinien“ wurden absolute Grenzen für die Beteiligung an Koalitionen gezogen. Zwei weitere Grundkonflikte betreffen ebenfalls Evergreens der politischen Selbstverständigung links der Sozialdemokratie: auch in der Friedenspolitik und der Eigentumsfrage. Die Programmfindung war von Anfang an vom Konflikt zwischen den Strömungen in der Linkspartei geprägt worden. Dabei erschwerte es einerseits der Zwang zum Kompromiss, zu einer konsistenten Vision zu kommen. Andererseits trägt das Programm, kaum dass es verabschiedet ist, bereits anachronistische Züge: Entscheidende Entwicklungen werden in dem Papier nicht mehr ausreichend reflektiert, weil die Geschwindigkeit der Programmfindung den sich rasch verändernden Realitäten nicht folgen konnte. Das betrifft den ökonomischen Krisenprozess vor allem in Europa, zum Teil auch die ökologische Dimension der Krise und die Frage, ob mit der Diagnose „neoliberaler Kapitalismus“ die gegenwärtige Epoche noch hinreichend beschrieben ist, oder „ob wir am Beginn einer neuen Epoche stehen“ (Bischoff/Radke 2011). Hinzu kommt, dass wesentliche Voraussetzungen, denen linke Politik unterworfen wird, im Leitantrag nicht einmal angesprochen wurden (Schuldenbremse).

## 6. Fair Play und Karteileichen

Neben den strategischen und programmatischen Diskussionen ist die Linkspartei in ihrer „dritten Phase“ seit 2009 auch mit dem Problem einer schrumpfenden

Basis konfrontiert. Im Jahr der letzten Bundestagswahl hatte die fusionierte Partei zwar noch einen Höchststand bei den Mitgliederzahlen vermelden können: Über 78.000 Genossen waren Ende 2009 registriert. Doch schon bald sorgten Meldungen über Karteileichen in westdeutschen Landesverbänden für eine Bereinigung. Ende 2010 meldete die LINKE nur noch gut 73.600 Mitglieder. Die Entwicklung liegt zwar einerseits in dem Trend, der seit Jahren auch größere Parteien erfasst hat. Im Vergleich zu den weiter wachsenden Zahlen der Grünen geriet die LINKE aber ins Hintertreffen.

Im Oktober 2010 stellte der Parteivorstand in einem Beschluss fest, „die Entwicklung der Mitgliederstruktur und der damit verbunden Beitragseinnahmen“ sei ein Thema, das „uns zu mittelfristigen Maßnahmen zwingt“. Eine daraufhin eingerichtete Projektgruppe „LINKE 2020“ verwies auf das hohe Durchschnittsalter und den damit verbundenen Rückgang der Mitgliederzahlen in den ostdeutschen Landesverbänden sowie die Tatsache, dass insbesondere im Westen die Zahl der Mitglieder noch immer weit unter dem Notwendigen und Möglichen liegt. Besonders hingewiesen wurde seinerzeit auf die „absehbare demografische Entwicklung“ in den Ost-Landesverbänden, „die bereits kurzfristigen Handlungsbedarf erfordern wird“. 4.910 Eintritte verzeichnete die LINKE im vergangenen Jahr, gut 4.000 weniger als 2009 und fast 5.000 weniger als 2008. Das Durchschnittsalter der Neueintritte lag 2010 bei 41 Jahren.

Die Linke kassiert von ihren Genossen im Jahr rund 9,6 Millionen Euro und bestreitet so etwa 40 Prozent ihrer Gesamteinnahmen. Mehr als 45 Prozent der Beiträge waren im Jahr 2010 von Mitgliedern im Alter über 70 Jahren gezahlt worden. Das ist zunächst nicht überraschend, die frühere PDS als deutlich größere Quellpartei hatte eine vergleichsweise alte Basis. Doch die Gruppe der Betagten wird immer kleiner, zudem liegt die Summe aus Todesfällen (im vergangenen Jahr 1.480) sowie Austritten (2010: 6.856) deutlich über der Zahl der Eintritte. Neue Mitglieder, heißt es in einem Protokoll der Konferenz der Kreisvorsitzenden aus dem Jahr 2011, seien „oft finanziell schwach und zahlen nur den Mindestbeitrag, daher können sie mit ihren Beiträgen die wegfallenden Einnahmen von verstorbenen Mitgliedern nicht ersetzen, dadurch sinkt der Durchschnittsbeitrag.“ Die Vorsitzende Löttsch erklärte im Sommer 2011, „dass insbesondere die älteren Mitglieder in den ostdeutschen Bundesländern verglichen mit vielen neuen Mitgliedern in den westdeutschen Bundesländern wesentlich mehr Mitgliedsbeiträge bezahlen, so dass hier ein Verlust natürlich besonders nicht nur menschlich, sondern auch in der Parteikasse schmerzlich spürbar ist“. Das bestätigen auch Zahlen aus einer früheren Studie (PaMiS 2009): Unter den Neumitgliedern ist nach der Fusion der Anteil der Erwerbslosen vier Mal so hoch (16 Prozent) wie unter den aus der PDS kommenden LINKEN-Mitgliedern (vier Prozent). Auch die Zahl der Auszubildenden und nicht Berufstätigen, Gruppen, die ebenfalls

über sehr geringe Einkommen verfügen, ist unter den nach der Fusion neu Eintretenen deutlich gewachsen. Gleiches gilt für die Arbeiter, dagegen ist die Zahl der Angestellten und Beamten unter den Neumitgliedern gegenüber dem in den Quellparteien deutlich gesunken.

Schon im Oktober 2009 hatte der Vorstand eine Parteidebatte anstoßen wollen, deren Ergebnisse in eine Organisationsreform münden sollen. Als Probleme wurden über die genannten Probleme angeführt: die interne Kommunikation, die „in der Regel nicht am Informationsmangel, oft aber daran“ mangle, „dass wir zu wenig miteinander reden, uns nicht zuhören“. Auch der strukturelle Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach demokratischer Beteiligung der Basis und der notwendigen Geschwindigkeit politischer Handlungsfähigkeit sollte auf den Prüfstand. Immer drängender machten sich zudem kulturelle Probleme und Kritik an den Verfahren der Meinungsbildung bemerkbar. In dem Maße, wie nach der Bundestagswahl die Konflikte in strategischen und programmatischen Fragen zunahmen und zugleich elektorale Erfolge ausblieben, wuchs bildlich gesprochen der Druck im Kessel. In der LINKEN ist das vor allem auf unterschiedliche Biografien und Traditionen in Ost und West zurückgeführt worden, die Partei versuchte dem durch Kennenlern-Aktionen entgegenzuwirken. Hinzu kommt der Graben zwischen ganz unterschiedlichen sozialstrukturellen Milieus in der Partei, zwischen denen der Brückenschlag nicht gelingt (Bischoff u.a. 2011).

Mehr noch aber besteht das Problem im Apparat selbst, wo es sich - zunehmend seit Anfang 2010 - verfestigte. Eine entscheidende Rolle dabei spielte die als „Machtkampf“ interpretierte Auseinandersetzung nach dem Rückzug von Oskar Lafontaine, in dessen Verlauf der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch eine erneute Kandidatur für das Amt ausschloss, nachdem ihm von Gregor Gysi „Illoyalität“ vorgeworfen worden war. Der Verlauf des Konflikts erscheint dabei im Rückblick weniger entscheidend als seine Folgen für das Verhältnis maßgeblicher Linkenpolitiker untereinander und ihre Fähigkeit, trotzdem Differenzen politisch zu bearbeiten und über inhaltliche Konflikte hinweg integrativ auf die Gesamtpartei zu wirken. Man kann von einem dynamischen Misstrauen sprechen, bei dem die Reaktion der einen Seite immer schon Begründung für die Folgeaktion der anderen Seite ist.

Der frühere Vorsitzende Lothar Bisky hat in diesem Zusammenhang einmal von einer Verdächtigungskultur gesprochen (Bisky 2010), die noch durch die massenmediale Verzerrung der Binnenkommunikation verstärkt wird. Während vor allem der sich selbst links verortende Flügel der LINKEN den „bürgerlichen Medien“ üblicherweise Manipulation unterstellt, wird jedes noch so verkürzte Zeitungszitat der Gegenseite in den internen Auseinandersetzungen für bare Münze genommen, ohne dass die den Inhalt dominierenden Produktionsumstände von Nachrichten in Rechnung gestellt werden. Im Frühjahr wurde

aus der Partei heraus sogar ein freiwilliger „Verhaltens- bzw. Ehrenkodex“ ins Spiel gebracht, demzufolge „inhaltliche Kontroversen“ fortan nur noch in den „parteiinternen bzw. parteinahen Medien“ geführt werden sollten. Die Selbstbeschränkung wurde freilich weder von der einen noch der anderen Seite im Strömungsstreit der Linken wirklich befolgt.

Und so erscheint die Lage der Partei zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Zeilen durchaus prekär: Mit der Verabschiedung des neuen Programms hat die LINKE zwar gezeigt, dass die in ihr agierenden Protagonisten zu einem Kompromiss fähig sind. Doch das ist zunächst nicht mehr als eine Momentaufnahme, vielleicht auch nur ein wackeliger Burgfried: In der Neuwahl der Fraktionsführung und der Debatte über die kommende Parteispitze sowie eine mögliche Vorziehung des für Juni 2012 geplanten Wahltermins sind neue Konflikte bereits angelegt, bei denen sich einmal mehr personelle und strategische Fragen vermischen. Ein erneuter „Blick in den Abgrund“ wie bei der Aufstellung des derzeit amtierenden Parteivorstandes, dessen Personaltableau in einer nächtlichen Sitzung im Januar 2010 unter Berücksichtigung von diversen innerparteilichen Proporz-Anforderungen zustande gekommen war, ist nicht auszuschließen (Scharenberg 2010).

Die populäre Rede von der LINKEN, die in der Krise nicht profitieren könne, stößt hier an ihre Grenzen. Die Partei hat zuletzt überwiegend ein Bild vermittelt (und die Medien zeigten es gern), das weniger Anlass gab, über die Ursache für ausbleibende politische Zugewinne nachzudenken als über die Frage, wann der innerparteiliche Kessel explodiert. Zeitungen plädierten schon für die „Auflösung einer Partei“, von einer Rückkehr Lafontaines in die erste Reihe war die Rede, das Wort von der „Abspaltung“ machte die Runde. „Die LINKE bricht jetzt nicht auseinander“ - mit diesen Worten hat im August 2011 die Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Dagmar Enkelmann, versucht die Geister zu vertreiben, welche die Krise der Partei begleiten: die mögliche Zuspitzung bis zu einem Punkt, an dem die internen Probleme nicht mehr bearbeitet werden können. Dass die LINKE in der Lage ist, die in ihr wirkenden Fliehkräfte zu bändigen, sich strategisch und politisch „neu zu erfinden“, wie es der Thüringer Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow formuliert hat, und so die Ratlosigkeit einer „erschöpften Partei“ (Reinecke 2011) zu überwinden, ist keineswegs ausgemacht.

## Literatur

- AKL (2001): *Je stärker die Linke, desto sozialer und friedlicher das Land. Erklärung des Koordinierungskreises der Antikapitalistischen Linken*, 19. September 2011.
- Bischoff, Joachim; Radke, Björn (2011): *Zur Überarbeitung des Grundsatzprogramm-Entwurfs, 28. Mai 2011*, [http://www.sozialismus.de/archiv/kommentare\\_analysen/detail/artikel/sozialistische-politik-heute/](http://www.sozialismus.de/archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/sozialistische-politik-heute/)

- Bischoff, Joachim; Detje, Richard; Hüning, Hasko; Lieber, Christoph; Müller, Bernhard; Radke, Björn; Siebecke, Gerd; Sander, Bernhard (2011): *Politische Rochaden in „atemberaubendem Tempo“? Thesen zur Strategiediskussion der Linken*, 8. Juli 2011, [http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analysen/detail/artikel/politik-in-atemberaubendem-tempo/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/politik-in-atemberaubendem-tempo/)
- Bisky, Lothar (2010): Versuch zur Verdächtigungskultur, in: *Disput* 1/2010: 4-6.
- Brie, André (2005): Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen*, Berlin: 59-65.
- Crossover (1997): *Zur Politik zurück. Für einen ökologisch solidarischen New Deal*, Münster.
- Demirović, Alex (2011): *Schrittweise – sprunghaft? Ein Plädoyer für Transformation*, Manuskript.
- Füllberth, Georg (2008): „Doch wenn die Dinge sich ändern“. *Die Linke*, Köln.
- (2011): Der Zukunft zugewandt, in: *Konkret* 8.
- Gysi, Gregor (2011): „Den Optimismus nimmt mir keiner“, Interview in: *Die Tageszeitung*, 12.9.2011.
- Heunemann, Falk (2008): *Die Erfindung der Linkspartei: Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005*, Saarbrücken.
- Hinze, Matthias; Havemann, Florian; Kahrs, Horst; Meves, Helge; Miemiec, Olaf; Pätzolt, Harald (2010): *Strategische Optionen der LINKEN – Thesen zur Vorbereitung der Septemberklausur der Bundestagsfraktion*, Manuskript August 2010.
- Hoff, Benjamin (2011): *Unwiderruflicher Bruch mit dem Stalinismus als System – nervige Marotte der nicht mehr existenten PDS oder fortbestehendes Gemeingut sozialistischer Politik?* Manuskript.
- Jesse, Eckhard (2011): Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden: 179–198.
- Jesse, Eckhard; Lang, Jürgen P. (2008): *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München.
- Jösting, Katja; Koch, Sebastian; Wawzyniak, Halina; Witt, Julia (2011): *Die Herausforderung annehmen! Erste Gedanken zum Wahlerfolg der Piraten und zu möglichen Schlussfolgerungen für DIE LINKE in Berlin*, Manuskript.
- Jun, Uwe; Kreikenbom, Henry; Neu, Viola (Hrsg.) (2006): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt am Main.
- Kocka, Jürgen (2011): Krisen und Kritik des Kapitalismus. Was heute neu ist, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* 9: 32-35.
- Koß, Michael; Hough, Dan (2006): Zurück in die Zukunft? Die Linkspartei, PDS und die Verlockungen des Populismus, in: Jun, Uwe; Kreikenbom, Henry; Neu, Viola (Hrsg.): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt am Main: 179-200.
- Kahrs, Horst (2011): *Wählerströme für die Partei Die Linke bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2011*, Manuskript.
- Kahrs, Horst; Hoff, Benjamin-Immanuel (2011): *Die Linke im Stresstest*, Manuskript.
- Klatt, Jöran (2011): Die Linke: Opposition der Unterschiedlichen, in: Kallinich, Daniela; Schulz, Frauke (Hrsg.): *Halbzeitbilanz. Parteien, Politik und Zeitgeist in der schwarz-gelben Koalition 2009–2011*, Stuttgart: 305–333.
- Klein, Dieter (2011): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken, in: *rls-Standpunkte* 34.
- Korte, Jan (2006): *Links vs. Grün*, Manuskript.
- Lafontaine, Oskar (2011): Nicht die Partei, sondern das System, in: *Neues Deutschland* vom 13.7.
- Lederer, Klaus (2010): Programmatisch festgefahren. Warum Die Linke sich ändern muss, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1: 81-89.



- Liebscher, Reinhard; Schmidtke, Heidrun (2011): *Leben in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen*, Berlin.
- Lötzsch, Gesine; Ernst, Klaus/Gysi, Gregor (2010): *Zum Motor für den Politikwechsel werden. Zu den aktuellen Aufgaben der LINKEN und ihrer Bundestagsfraktion*, Manuskript.
- Messinger, Sören; Rugenstein, Jonas (2009): Der Erfolg der Partei die Linke. Sammlung im programmatischen Nebel, in: Butzlaff, Felix; Harm, Stine; Walter, Franz (Hrsg.): *Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009*, Wiesbaden: 67–94.
- Micus, Matthias (2007): Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG, in: Spier u.a. (2007), 185-238.
- Nachtwey, Oliver; Spier, Tim (2007): Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier u.a. (2007), 13-70.
- Neugebauer, Gero; Stöss, Richard (2008): Die Partei Die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden: 179-199.
- Neugebauer, Gero (2011): Quo vadis? Wie die Linke versucht, sich als Partei und für sich eine Position im Parteiensystem zu finden. Interne Konsolidierungsprozesse und Orientierungssuche im Fünf-Parteien-System, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden: 157–178.
- PaMis (2009): *Institut für deutsches und europäisches Parteienrecht und Parteienforschung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Arbeitsbereich politische Soziologie der Leibniz Universität Hannover, Auswahl von Ergebnissen aus der Deutschen Parteimitgliederstudie*, Manuskript.
- Prinz, Sebastian (2010): *Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei*, Wiesbaden.
- Redaktion Prager Frühling (2011): *Die grüne Herausforderung: Für eine öko-soziale Paradoxie*, 11.04., Online: <http://www.prager-fruehling-magazin.de/article/659.die-gruene-herausforderung-fuer-eine-oecko-soziale-paradoxie.html>
- Reinecke, Stefan (2011): Die erschöpfte Partei, in: *Die Tageszeitung* vom 14.9.2011.
- Rilling, Rainer (2009): „Warum profitiert die Linke nicht von der Krise?“, Manuskript 22.06.2009.
- Scharenberg, Albert (2010): Blick in den Abgrund, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Berlin, März: 5-9.
- Schoen, Harald; Falter, Jürgen W. (2005): Die Linkspartei und ihre Wähler, in: *APuZ* 51-52: 33-40.
- Schumann, Michael (1989): *Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System - Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989*.
- Schumann, Michael (1997): Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe, in: *Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen*, Berlin.
- SL (2011): *Sozialistische Linke Berlin, Erklärung zum Ergebnis der Berliner Wahlen*, 19. September.
- Spehr, Christoph (2011): *Nach Fukushima. Beitrag zur Strategiedebatte der Linken*, Manuskript.
- Spier, Tim; Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.) (2007): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Wiesbaden.
- Strohschneider, Tom; Hübner, Wolfgang (2007): *Lafontaines Linke. Rettungsboot für den Sozialismus?* Berlin.
- Vester, Michael (2010): *Wahlstrategie, Wählerpotential, Wählerstruktur der Linken. Thesen zur Diskussion auf der Klausur der Bundestagsfraktion der Linken*, Manuskript.
- Wright, Erik Olin (2011): Wege zu einem Sozialismus gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit, in: *Das Argument* 291: 202-210.